

## Rosenbergstrasse 115

Ungläubig verharren da selbst hartgesottene Kolleginnen und Kollegen. Was sich rund um die Zürcher Universitätsklinik abspielt, hätte sich unsereiner eher in Oagadougou vorgestellt. Lassen wir die alten Geschichten vom geschasteten Chirurgie-Chefarzt, den gefaketen Melanomstudien, dem peinlichen Abstieg der Onkologie unter ihrem neuen Chef – die haarsträubenden Enthüllungen über die Qualität der Zürcher Herztransplantation in Sachen Patientin Voser allein sind Grund genug, sich zu schämen. Wie bitte? Der Chefarzt kennt die Blutgruppe seiner prominentesten Patientin nicht und transplantiert ahnungslos A auf O? Wie bitte? Sein Wissen über die Blutgruppenverträglichkeit von Spender und Empfängerin stammt aus einem schlaftrunkenen Telefonat um halb vier Uhr morgens? Wie bitte? Nicht mal das stimmt, und es war gar kein Missverständnis, sondern bewusst eingegangenes Risiko? Und das – wie bitte? – hat nicht etwa der seit 14 Monaten ermittelnde Bezirksanwalt, sondern die «NZZ am Sonntag» herausgefunden? Oder hat etwa die Spitaldirektorin das alles schon längst gewusst und gehofft, es wachse mit der Zeit schon Gras darüber und hat sich deshalb kommunikativ nihilisiert? Und die adäquate administrative Massnahme ist – wie bitte? – ein sofortiges Moratorium in Sachen Herztransplantation am Universitätsspital Zürich?



Hier liegen mindestens vier Skandale vor: Der erste, dass geschah, was geschah. Der zweite die Kommunikationsverweigerung der Klinikdirektion. Der dritte das Gelauer einer ahnungslosen Staatsanwaltschaft. Und der vierte der nutzlose Aktionismus einer überforderten Gesundheitsdirektorin.



Wäre das alles in Oagadougou geschehen, wäre man versucht, von einer Bananen- (oder besser: Dattel-)Republik zu sprechen. Wir in der Schweiz müssen uns mit einer Bananen-Uni herumschlagen. (Zum Leidwesen jener 99 Prozent ärztlicher und anderer Mitarbeiter, die Tag für Tag gewissenhaft und tadellos ihre Arbeit tun.)



Am Risottotag 2005 der «Schweizerischen Gilde etablierter Köche» zu Gunsten der Schweizer MS-Patienten nahm in Zürich viel Prominenz teil, meldet das Magazin «forte» und listet die Namen auf: Neben dem Stadtpräsidenten und einem Ständerat figurieren auf der Liste lediglich TV- und Radio-Moderatoren sowie ein Komiker. Soviel zum Verständnis von Prominenz in der Schweiz.



Bundesrat Blocher wieder einmal unter Beschuss. Diesmal wirklich zu Unrecht. Er hat doch bloss festgestellt, was viele von uns immer schon geahnt haben: 100 von 2000 Departementsmitarbeitern (5 Prozent) sind, ohne dass die Qualität der Departementsarbeit darunter leidet, entbehrlich. Wetten, dass das a) die untere Grenze und b) in den anderen Departementen noch viel gravierender ist? Überkapazitäten auf Kosten der Steuerzahler also. Dies festzustellen und die notwendigen Massnahmen zu ergreifen gilt den Gewerkschaften allerdings als «menschenverachtend». Es wäre den Rettern einer eh schon privilegierten Beamtschaft dringend, sehr dringend, zu raten, solche Worte für Wichtigeres aufzusparen.



Die Schweizer Zulassungsbehörde swissmedic steht in der Kritik, weil unsere

Schweizer Packungsbeilagen unseren eigenen und nicht etwa EU-Standards genügen müssen. Dies angeblich einer der Gründe für die Schwierigkeiten mit Parallelimporten. So schlimm kanns nicht sein. In der (noch) rot-grün regierten Bundesrepublik Deutschland gehts viel ärger zu und her. Dort werden neuerdings «geschlechterneutrale» Beipackzettel (und TV-Warnungen) gefordert. Schluss mit «Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker»! Deutsche Gendercorrectness verlangt statt dessen eine Formulierung in der Art von «...holen Sie ärztlichen Rat ein oder fragen Sie ihren Apotheker oder Ihre Apothekerin». Der Vorschlag stammt vom deutschen Frauenministerium und der Gesellschaft für deutsche Sprache. Wie war das mit den Personaleinsparungen des Herrn Bunderat B.?



Auch die Basler rot-grüne Regierung achtet sehr auf Gender-correctness. Sie will sexistische Werbung auf öffentlichem Raum verbieten. Dazu gehören H&M-Werbung sowie Plakate, auf denen ziemlich adrette junge Frauen für Sloggi-Strings werben. Logisch, dass sie dabei keine Wintermäntel tragen. SP-Frau und Kantonsrätin Bollinger fürchtet, vor allem auf junge Frauen könnten die Bilder einen fatalen Einfluss haben. Dass Basel in einer Ecke der Schweiz liegt, weiss man (sorry, und «frau» natürlich auch). Dass ihre Regierung inzwischen aber so weit ab dem Weg (adj: abwegig) liegt, ist hingegen einigermassen befremdlich.



Aber wie sagte jemand: Lächerlichkeit, ideologisch geeint, wird zu tödlichem Ernst.

**Richard Altorfer**